

Antrag Nr. 07-F-25-0118

CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

Betreff:

Wiesbadener ÖPNV aus einer Hand - Rückkauf der WiBus-Anteile
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 08.11.2007 -

Antragstext:

Die europarechtlichen Rahmenbedingungen und die damit verbundene Teilnahme am Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr führten zum Beschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Tochtergesellschaft WiBus der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding (WVV) zu gründen. Zusätzlich wurde über eine europaweite Ausschreibung ein Partner für diese Gesellschaft gesucht.

Ende 2004 ging die WiBus als 51%ige Tochter der WVV und 49%ige Tochter der Hamburger Hochbahn AG in Betrieb; sie sollte sich auch an Ausschreibungen im ÖPNV außerhalb Wiesbadens beteiligen.

Am 28. Juni 2007 hat das Wiesbadener Stadtparlament beschlossen, die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs weiterhin in kommunaler Verantwortung zu belassen. Damit wurde der bisherige Weg zur Vorbereitung der Ausschreibung der Verkehrsleistungen für Wiesbaden verlassen.

Mit dem Rückkauf der Anteile der Hamburger Hochbahn an der WiBus wurde eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, auch zukünftig qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen ÖPNV zu ermöglichen. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßt deswegen den Rückkauf der Anteile der Hamburger Hochbahn an der WiBus ausdrücklich.

Um den ÖPNV „in eigener Hand“ auch zukünftig zu sichern, wird der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden beauftragt,

- sicherzustellen, dass die Tarifbedingungen und die Betriebsbedingungen in der WiBus erhalten bleiben und alles vermieden wird, was den Beschluss des Wiesbadener Stadtparlaments zur Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs in kommunaler Hand gefährdet,
- die ÖPNV-Struktur auf Basis der Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung neu zu organisieren,
- einen Vorschlag für die zukünftige Aufgabenwahrnehmung der Gesellschaften ESWE-Verkehr, WiBus und WTI sowie für die Aufgaben der Aufgabenträgerorganisationen (LNO) nach dem ÖPNV-Gesetz vorzulegen.

Wiesbaden, 09.11.2007

Bernhard Lorenz

Bettina Schreiber

Michael Schlempp

Antrag Nr. 07-F-25-0118
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzender

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Geschäftsführer

Volker Meisinger-Persch
Geschäftsführer

Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführerin